



<https://bz.ii/2kwe>

FINANZIELLE MITTEL GESICHERT: WOHNORTNAHE HILFE FÜR FRAUEN IN NOT

Veröffentlicht am 10.02.2023 um 14:29 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Flächendeckend statt Flickenteppich: Seit 2020 können Frauen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, schneller Hilfe erhalten. Die Kooperation zwischen der Regionsverwaltung und den Kommunen in der gesamten Region Hannover vor drei Jahren neu verstetigt: Auf Beschluss der Regionsversammlung erhöht die Region eine Million Euro jährlich. Regionspräsident Steffen Krach mit Frauenberatungsstellen: "Es darf keine Frage des Wohls sein, wie sie unbürokratisch Hilfe, Schutz und Beratung bekommen. Die Regionsverwaltung und den Kommunen vor drei Jahren neu verstetigt: Frauenberatungsstellen: "Ich freue mich sehr, dass wir jetzt mit den Kommunen jetzt neu sichern können." Die Fallzahlen über die letzten Jahre sagt Krach: "Die Fortsetzung unserer Kooperation ist das Ziel. Die Neuausrichtung vor drei Jahren stehen in der gesamten



Frauen in Not wohnortnah zur Verfügung. "Auch in Deutschland ist es immens wichtig, dass wir auch im Bereich der Frauenberatung es diesbezüglich stetig ausgebaut werden. Mit der Neuausrichtung der Frauenberatungsstellen ist uns meines Erachtens ein wichtiger und wegweisender Schritt gelungen", betont Marlo Kratzke, Bürgermeister von Ronnenberg. Die Stadt Ronnenberg ist einer von 16 Standorten in der Region mit einem Beratungsangebot für Frauen - allerdings mit einem Alleinstellungsmerkmal: Als einzige Kommune in der Region Hannover ist die Stadt auch selbst Trägerin einer Frauenberatungsstelle. Das Thema Häusliche Gewalt sei nach wie vor hoch aktuell, sagt Petra Mundt, Gleichstellungsbeauftragte der Region Hannover. Nach dem Rückgang der Fallzahlen 2020 mit 1.296 Fällen, liegt die Zahl mit 1.472 im Umland der Region Hannover sogar höher als über dem Vor-Corona-Niveau. In der Stadt Hannover ist mit 2.877 gemeldeten Fällen gegenüber dem Vorjahr mit 2.946 Fällen ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Wir müssen uns als Gesellschaft weiter klar gegen häusliche Gewalt positionieren", so die Gleichstellungsbeauftragte: "Frauenberatungsstellen sind aktuell wichtiger denn je, wenn es darum geht, Frauen bei der Verhinderung und Überwindung von Gewalt zu begleiten und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Ich freue mich, dass wir die gute Zusammenarbeit mit den Kommunen fortsetzen können und so Frauen in der ganzen Region wohnortnahe Anlaufpunkte in Notsituationen bieten können."

Hintergrund

Am 1. Februar 2018 ist in Deutschland die Istanbul-Konvention in Kraft getreten - das "Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt". Die Konvention ist das erste völkerrechtlich verbindliche Instrument im europäischen Raum zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen und schreibt in Artikel 22 fest, dass es für alle Betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt spezialisierte Hilfen geben muss, die gut erreichbar und mit angemessenen Ressourcen ausgestattet sind.